Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 10

Artikel: Jugoslawien und Polen

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076535

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Jugoslawien und Polen

Gegen die neostalinistische Reaktion in Polen, die deutlich antisemitische und faschistische Charakteristiken aufweist, sind doch Stimmen laut geworden. Natürlich nicht aus Westeuropa, wo Proteste gegen nichtwestliche Regimes salonunfähig sind, aber dafür aus der Tschechoslowakei und Jugoslawien. Der jugoslawische Fall ist deshalb ganz besonders interessant, weil er sich auf dem Hintergrund einer israelfeindlichen Aussenpolitik abspielt, in der Tito eine aktive und führende Rolle gespielt hat. Im weiteren sind die Aufrufe aus Jugoslawien deshalb bemerkenswert, weil sie sich gegen offizielle Annullierungsversuche durchgesetzt haben und weil sich ihnen aus Ungarn die gewichtige Stimme György Lukacs zugesellte.

Die Unterschriftensammlung für Protestschreiben wegen der Ereignisse in Polen wurde in Belgrad von der serbischen Gesellschaft für Philosophie organisiert. Sie fand vom 11. bis 13. April statt.

Die Belgrader Literaturzeitschrift «Knjizevne Novine» veröffentlichte am 13. April zwei Protesttexte. Der erste hatte 160 Unterschriften aufzuweisen und lautete:

«Wir unterzeichneten Philosophen, Soziologen, Wirtschaftsfachleute, Schriftsteller, Professoren und Lehrer aus der Teilrepublik Serbien äussern unsere tiefe Besorgnis darüber, dass durch administrative Massnahmen zahlreichen polnischen Studenten und Professoren das Recht entzogen wurde, an den Universitäten zu studieren oder zu dozieren. Ein solcher Beschluss ist dem Geist aller fortschrittlichen und demokratischen Universitätstraditionen grundlegend fremd. Die Folgen sind um so schwerwiegender, als die Massnahmen Personen betreffen, die in der modernen marxistischen Philosophie Polens sehr namhaft sind und auch im Ausland geschätzt werden. Noch grösser ist unsere Besorgnis, weil die verfolgten Personen, Studenten und Professoren, jüdischer Abstammung sind und offensichtlich deshalb verfolgt werden ...

In diesem historischen Augenblick, da der Versuch unternommen wird, die Möglichkeit eines demokratischen Sozialismus zu beweisen, eines von jeglicher Rassendiskriminierung freien Sozialismus, ist der Beschluss über den Ausschluss polnischer Studenten und Professoren ein tragischer Anachronismus, der, objektiv betrachtet, nur den politischen Kräften der extremen Rechten nützlich sein wird.

Wir appellieren deshalb, allen Universitätsprofessoren und Studenten, die von der Universität ausgeschlossen wurden, möglichst bald die Rückkehr an ihre Fakultäten zu gestatten. Wir sind der Ueberzeugung, dass diese Rückkehr den Interessen Polens und des Sozialismus am besten dienen wird.»

Beim zweiten in der gleichen Ausgabe der Zeitschrift veröffentlichten Protest handelte es sich um ein Solidaritätszeugnis für die polnischen Studenten, unterzeichnet von 1500 Studenten der Belgrader Philosophischen Fakultät:

«...Wir bekunden unsere Solidarität mit eurem Kampf zur Demokratisierung der polnischen sozialistischen Gesellschaft und unterstützen ihn rückhaltlos. Wir sind darüber entrüstet, dass die polnischen Behörden euch und euren Professoren gegenüber undemokratische Massnahmen ergriffen haben, die mit den Prinzipien der sozialistischen Demokratie unvereinbar sind... Keine Gewalt kann kritische und freie Gedanken ersticken, auch dann nicht, wenn sie sich auf den Sozialismus beruft. Für uns junge Marxisten ist es unbegreiflich, dass man in einem Land, und gar noch in einem sozialistischen Land, antisemitische Ausfälle toleriert und sie sogar als Vorwand zur Lösung interner Probleme benutzt.

Nach all den weitreichenden Erfahrungen des Sozialismus in Polen erachten wir es als unstatthaft, dass interne Konflikte auf so undemokratische Weise gelöst werden und dass sogar das marxistische Gedankengut in diesen Konflikten verfolgt wird ...»

Ein offiziöser Bremsversuch scheitert

Dieses studentische Protestschreiben, das übrigens ähnliche Aktionen an der Universität Ljubljana im Gefolge hatte, sollte ein Nachspiel bekommen. Der Universitätsrat des Studentenbundes in Belgrad erachtete sich nämlich als befugt, das Schreiben der Philosophiestudenten nicht zu bewilligen. Er stellte der Studentenversammlung der Fakultät den Antrag, den Text entweder abzuändern oder überhaupt zu annullieren. Inhaltlich war übrigens die Begründung recht zahm und bestand keineswegs etwa in einer

«Soll ich raten ‚wer' oder ‚weshalb'?» («Szpilki», Warschau, 9. Januar 1966)

Gutheissung des polizeilichen Vorgehens in Polen. Vielmehr wurde auch von dieser Seite betont, in Polen werde ein Kampf zwischen konservativen und fortschrittlichen Kräften geführt. Nur sei der Kampf eine interne Angelegenheit jenes Landes, und man müsse es den dortigen fortschrittlichen Kräften selber überlassen, ihren Kampf zu führen, zu dem man ihnen aus Jugoslawien doch keine gute Schützenhilfe leisten könne.

Nur ging es natürlich nicht um diese taktische Ueberlegung, sondern um die prinzipielle Frage, ob irgendeine Versammlung das Recht habe, ein Schreiben zu annullieren, das 1520 Studenten und erwachsene Staatsbürger unter voller persönlicher Verantwortung unterzeichnet hatten. Und dieses Ansinnen wurde denn auch abgelehnt, unter Abfassung eines erneuten Protestes übrigens, diesmal an den autoritären Studentenrat gerichtet, dem es nicht zustehe, private Meinungsäusserungen rückgängig zu machen.

Stellte die Abweisung des Annullierungsversuches ein grundsätzliches und mögliches Bekenntnis zur persönlichen Meinungsfreiheit dar, so wurde später auch in der Sachfrage selbst ein zusätzlicher Erfolg errungen. Drei Wochen darnach nämlich, am 5. Mai, wurde der Protestbrief der 160 Akademiker auch in der jugoslawischen Hauptzeitung «Borba» veröffentlicht, die von offiziösem bis offiziellem Gewicht ist. Schon vor diesem Datum musste übrigens in Polen eine jugoslawische Gewichtsverlagerung in diesem

---

Afrika: In Kongo (Kinshasa), Mozambique, Portugiesisch-Guinea und Kimpashu ist die Bevölkerung in ihrem bewaffneten Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und deren Marionettenregimes immer stärker geworden.

Kongo (Brazzaville), Kenya, Mali und Tanzania haben in ihrem Kampf für nationale Unabhängigkeit und im Gegenangriff gegen imperialistische Subversion neue Siege errungen.

Europa: Die Macht vieler Marxisten-Leninisten in Westeuropa wächst ins Unmessbare. Die imperialistischen Cliquen werden desorganisiert. Der Gegensatz zwischen Amerika und Frankreich wird immer unversöhnlicher. Der Zusammenbruch der amerikanischen imperialistischen Hegenomie in Europa beschleunigt sich hoffnungslos. Das Nato-Hauptquartier musste aus Paris zurückgezogen werden. Die Pfundabwertung verursachte im kapitalistischen Währungssystem ein präzedensloses Chaos.

Indien: Der bewaffnete Kampf der indischen Bauern, geführt von der revolutionären Gruppe der indischen Kommunistischen Partei, entflammte im März in Takalin/Nasarpali. Vielerorts in Indien erblüht der gleiche «Nasarpali»-Typ der Bauernbewegung.

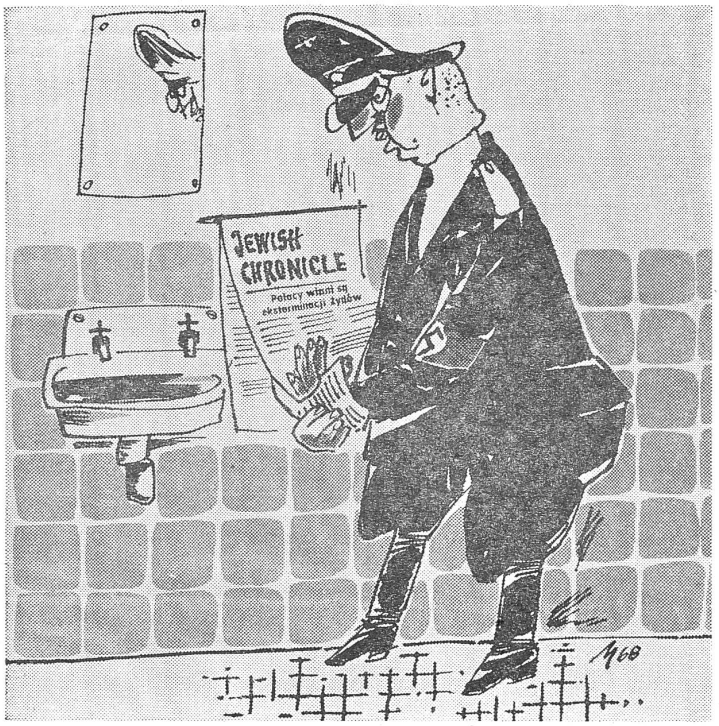
Laos: Die patriotische Bevölkerung und die Armeen von Laos haben zwei Drittel des Territoriums befreit. Letztes Jahr vernichteten sie während der Regenzeit über 5000 Feinde. In der gleichen Zeit wurden 200 amerikanische Flugzeuge abgeschossen.

Thailand: Der bewaffnete Volkskampf verbreitete sich in 28 der 71 Provinzen des Landes. Während der letzten zwei Jahre wurden 1200 Mann feindlicher Truppen vernichtet.

Israel: Der amerikanische und britische Imperialismus sowie ihr Marionettenregime in Israel begannen im Juni einen Aggressionskrieg, der die Völker aller arabischen Länder und die Weltbevölkerung gegen Amerika empörte. Der bewaffnete Kampf der palästinensischen Bevölkerung zur Befreiung ihres Vaterlandes hat sich entwickelt.

Burma: Der bewaffnete Volkskampf, geführt von der Kommunistischen Partei Burmas, hat sich rasch entwickelt. Auf 60 Prozent des nationalen Territoriums werden Kampfhandlungen durchgeführt.

Südjemen: Das Volk Südjemens hat in seinem bewaffneten Kampf gegen die britische Kolonialregierung den Sieg errungen. Am 30. Oktober gründete es die Volksrepublik Südjemen.



So rechtfertigt «Szpilki», Warschau, den Antisemitismus in Polen:

Ein Nazimörder liest die angeblich in der «Jewish Chronicle» enthaltene Darstellung, wonach die Polen schuld an der Ausrottung der Juden seien.

Und der Kommentar lautet dann: «Hilfe beim Händewaschen.»

Die Geschmacklosigkeit dieses «Witzes» wird nur noch von seiner Gemeinheit übertroffen.

Sinne empfunden worden sein, sagte man doch in Warschau Besuche offizieller Delegationen in Jugoslawien ab, unter Hinweis auf das ungünstige politische Klima.

György Lukacs unterschreibt Protest

Die da und dort in Jugoslawien gestarteten Protestaktionen erfuhren ferner eine qualitativ beachtliche Weiterung durch den Einbezug des greisen ungarischen Philosophen György Lukacs, einer der namhaftesten Marxisten unserer Zeit. Die jugoslawische marxistische Zeitschrift «Praxis», die im Lande selbst eine halbwegs oppositionelle Rolle spielt und immer wieder in ihrer Existenz bedroht ist, zählt Lukacs unter den Mitgliedern ihres Redaktionsrates. Nun hatte die Redaktion ihrerseits einen Zirkularbrief verfasst, in dem gegen die Entlassung von sechs Professoren der Warschauer Universität protestiert wird. Lukacs teilte in einem eigenen Brief seine Zustimmung mit. Er schrieb unter anderem:

«Grundsätzlich bin ich einverstanden, meine Unterschrift unter den Protestbrief zu setzen. Mit Ihnen bin ich davon überzeugt, dass man Probleme des Marxismus nicht mit administrativen Mitteln lösen kann ... Ich bitte Sie, mit meiner Unterschrift noch folgende Bermerkungen zu veröffentlichen:

Die Renaissance des Marxismus kann nur durch ernste wissenschaftliche Untersuchungen und freie Kritik und Diskussion verwirklicht werden. In der heutigen Situation ist es unvermeidbar, dass die verschiedenen sich bekämpfenden Ansichten über diese komplexe Frage öffentlich vorgetragen werden. Dabei braucht nicht jede ehrliche subjektive Meinung und Haltung, marxistisch betrachtet, objektiv zu sein. Jeder von uns hat also das volle Recht, offen zu sagen, dass die Ansichten bestimmter Denker, die sich Marxisten nennen, nach eigener Meinung nicht marxistisch sind ... Meine radikale Ablehnung jeder administrativen Massnahme und ihrer amtlichen Begründung wird durch diesen Hinweis nicht eingeschränkt, weil die Bekämpfung nichtmarxistischer Gedanken ... nach meiner Ueberzeugung ausschliesslich in wissenschaftlichen Diskussionen erfolgen soll ...»

Lukacs, nach der Revolution von 1956 aus der ungarischen KP ausgeschlossen, wurde erst letztes Jahr wieder in die Partei aufgenommen. Wenige Tage, nachdem er den Protest wegen Polen unterzeichnet hatte, wurde er in Budapest vom ZK-Sekretär Aczel kritisiert — wegen eines Interviews, das er letztes Jahr zu Weihnachten gegeben hatte. Ein Zurückschlagen auf dem Nebenschauplatz, da man es nicht zulassen will, dass die ungarische Oeffentlichkeit die Stellungnahme des weltberühmten Mannes zu den polnischen Vorgängen erfährt. Die Warschauer «Partisanen» aber mögen es sich überlegen, ob sie neben so vielen polnischen Marxisten auch Lukacs einen Zionisten nennen wollen. ■

Feliks Derecki

Der Schuhputzer

Aus «Polnische Rundschau», Warschau

Am Eingang zum Hotel, in dem ich mein Zimmer reserviert hatte, erblickte ich einen Schuhputzer. Beim Anblick dieses Vertreters einer bereits aussterbenden Dienstleistungsart ergriff mich eine tiefe Rührung. Vor ihm stand ein halbhoher Schemel mit einer handgeschnitzten Fussstütze, der, samt einigen Schuhbürsten, Schuhcrèmedosen und Putzlappen, seine unkomplizierte Werkstätte bildete. Wie weit liegen doch die Zeiten zurück, als Vertreter dieser nützlichen Zunft an allen verkehrsreicheren Punkten der Stadt sassen und auf die Kundschaft warteten. Wenn ein ermüdeter Passant sein Schuhwerk dem Putzer anvertraute, konnte er sich dabei eine Weile verschnaufen, die letzten Stadtneuigkeiten erfahren und sogar manchen Witz hören. Dann setzte er seinen Weg fort, wobei die spiegelblank geputzten Schuhe sein Selbstgefühl beträchtlich stärkten.

So beschloss ich auch, nachdem ich meine verstaubten Schuhe kritisch betrachtet hatte, den Fachmann etwas verdienen zu lassen. Aber, oh Wunder, dieser beeilte sich gar nicht, ans Werk zu gehen, schob sogar mit dem Ellbogen achtlos meinen Fuss von der Stütze und rauchte seine Zigarette ruhig weiter.

«Na, wenn nicht, dann nicht», sagte ich, «dann gehe ich zu einem anderen.»

«Ha, ha, ha», lachte er auf. «Gehen Sie, wohin Sie wollen, ich bin in der Stadt der einzige Schuhputzer.»

«Sind Sie ein Privatunternehmer?» fragte ich.

«Aber woher!» Er schien fast beleidigt. «Ich vertrete die Genossenschaft ‚Ameisenarbeit', sie hat ein vielseitiges Dienstleistungsprogramm, verfügt über eine ganze Armee von Fachleuten verschiedener Branchen, besitzt ein eigenes Bürohochhaus ...»

«Ein Bürohochhaus?»

«Ja, 15 Stockwerke, alles aus Eisenbeton, Chrom und Glas, mit Schnellaufzügen und Landeplatz für Hubschrauber auf dem Dach.»

Der Schuhputzer bot mir eine Zigarette an. Ich nahm sie mit kurzem Dank — eine erstklassige Marke.

«Das sind Repräsentationszigaretten», fügte er erläuternd hinzu, «ich bin nämlich Mitglied des Vorstandes. Sie wissen, wie das so ist, wenn ausländische Gäste kommen, muss man auf der Höhe ein ... Ich habe mein Arbeitszimmer, eine Sekretärin, jeder muss ein paar Tage warten, bis er von mir empfangen wird.»

Mein Erstaunen erreichte den Höhepunkt.

«Was machen Sie dann hier?»

«Sehen Sie, bei uns im Vorstand bestehen verschiedene strittige Theorien über die Dienstleistungsmethoden. So muss ich studienhalber ab und zu auf die Strasse hinaus. Ich tue das ungern und immer seltener, weil die Zeit so knapp ist. Die Arbeit im Büro ist so zeitraubend, dazu die ewigen Besprechungen und Konferenzen. Uebrigens, ich soll den Posten des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden übernehmen. Nächste Woche wird die Entscheidung darüber fallen.»

«Also, meine Glückwünsche! Damit werden wohl Ihre Träume von einer Karriere in Erfüllung gehen?»

Er schaute mich nachsichtig an.

«Was Sie auch nicht sagen. Bei meinen Verdiensten um die Genossenschaft und nach meinen Dienstjahren müsste ich Vorstandsvorsitzender werden.»

Da ich ihn nicht mehr belästigen wollte, hatte ich meine verstaubten Schuhe mit Zeitungspapier im nächsten Hausflur gesäubert. Sie sahen zwar nicht besonders gut aus, aber ich musste mich damit zufriedengeben.

Ich bin ein bescheidener Mensch und bekleide eine bescheidene Stellung. Schliesslich bin ich nicht so ungebildet, um von einem Vorstandsvorsitzenden zu verlangen, dass er meine ganz gewöhnlichen Schuhe putze ... ■